



WAHLPROGRAMM 2009

ZEIT FÜR VERÄNDERUNG! ZEIT FÜR GRÜN!

Präambel	2
1 Zeit für ein zukunftsfähiges Wuppertal	4
2 Frauen in Wuppertal	4
3 Migration aktiv gestalten	7
4 Soziale Stadt	7
5 Kultur für eine lebendige und lebenswerte Stadt	12
6 Sport	13
7 Schule schafft Chancen	13
8 Wuppertal braucht Kinder und Jugendliche	15
9 Nachhaltige Stadtentwicklung	17
10 Klimaschutz ist Wirtschaftspolitik	18
11 Klimaschutz ist Energieeinsparung	18
12 Wir WuppertalerInnen wollen in Wuppertal arbeiten	19
13 Solide kommunale Finanzen	21
14 Bauen und Flächennutzung	23
15 VerbraucherInnen, Handel, Dienstleistungen	24
16 Mobilität und Verkehr	24
17 Nachhaltige Abfallwirtschaft	25
18 Natur, Landschaft, Wasser schützen	26
19 Freizeit, Naherholung, Tourismus	27
Zu guter Letzt	28

Präambel

Zukunftsfähig, nachhaltig, lokal

„WIR HABEN DIE ERDE VON UNSEREN KINDERN NUR GEBORGT!“

Diese Aussage, mit der die GRÜNEN Anfang der achtziger Jahre die Probleme der Umweltverschmutzung und der Atomindustrie in die politische Diskussion brachten, ist heute aktueller denn je. Angesichts der Klimaveränderung, zunehmender Rohstoffknappheit, weltweiter Wirtschafts- und Finanzkrisen müssen wir neu Denken und Handeln: zukunftsfähig, nachhaltig, lokal.

Deshalb treten wir GRÜNEN in Wuppertal mit einem starken Team zur Kommunalwahl 2009 an. Und deshalb trete ich für Sie zur Wahl als Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal an.

Uns liegt es am Herzen, unsere Stadt lebens- und liebenswert zu erhalten. Mit Ihrer Unterstützung setzen wir uns für eine ökologische und ökonomische Zukunft in sozialer Verantwortung ein. Deshalb möchten wir dazu beitragen, die Große Koalition im Rathaus zu beenden.

WUPPERTALS ZUKUNFT GESTALTEN

Zur Lebensqualität unserer Stadt und der Region gehören ausreichend private und öffentliche Lebens- und Entwicklungsräume, eingebunden in einer sozialen und kulturellen Infrastruktur, die für alle zugänglich ist. Deshalb setzen wir uns für ein kinder- und familienfreundliches Wuppertal in allen Stadtteilen und für alle Altersgruppen ein. Der Erhalt und Ausbau von Freizeit- und Kultureinrichtungen, Betreuungsangeboten für Kinder und die Förderung von Netzwerken in den Stadtteilen sind uns zur Erreichung dieser Ziele besonders wichtig.

ÖKOLOGISCHE LÖSUNGEN ANBIETEN

Die Attraktivität Wuppertals baut darauf auf, dass sowohl Wohn- und Gewerbebereiche als auch natürliche Freiräume nah beieinander liegen. Wir möchten uns in Zukunft für den verantwortungsvollen Schutz der natürlichen Lebensräume stark machen und erwarten, dass auch in der Stadt Freiräume geschaffen und ausgebaut werden. Vorhandene Freiräume sollen als ökologisches Verbundsystem erhalten und noch besser vernetzt werden. Ein Schwerpunkt für uns dabei ist die Verringerung von Umweltverbrauch und Umweltbelastung. Nur so gelingt es uns, den Verbrauch von Natur, Fläche und Energie gering zu halten und die Stadt und die Region auch für zukünftige Generationen lebenswert zu erhalten.

WIRTSCHAFT NACHHALTIG FÖRDERN

Wuppertal muss sich als innovativer Wirtschaftsstandort mit einer attraktiven Infrastruktur profilieren. Wir werden uns für die gezielte Ansiedlung mittelständischer Unternehmen aus modernen und neuen Wirtschaftszweigen in Wuppertal einsetzen. Dafür müssen vorrangig Brachflächen genutzt und zusammenhängende Themenparks über das Thema 'automotive' hinaus, etwa in der Form eines Energieeffizienz-Clusters, geschaffen werden. Nur mit einem eindeutigen, nachhaltigen Gewerbeflächenkonzept wird es uns gelingen, den Strukturwandel in Wuppertal und in der bergischen Region zu vollziehen.

GEGEN GROSSE KOALITION

Die Große Koalition in Kommune und Bund einigt sich regelmäßig auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Ökologische und ökonomische Themen spielt sie gegeneinander aus. Sie ist mit ihrer satten Mehrheit weit hinter den Erwartungen zurück geblieben. Sie bedeutet Stillstand. Wuppertal braucht Veränderung. Es kommt auf die SPD an, ob sie eine Veränderung will und schafft. Wir stehen bereit, mit allen demokratischen Parteien zu sprechen und Mehrheiten zu bilden, wenn die Gesprächsergebnisse eindeutig GRÜNE Politikfelder erkennen lassen.

Deshalb treten GRÜNE für Sie in Wuppertal zur Wahl an. Deshalb möchte ich Oberbürgermeister unserer Heimatstadt Wuppertal werden.

Für Sie. Für uns. Für unsere Kinder: zukunftsfähig, nachhaltig, lokal.

Zeit für Veränderung!

Zeit für GRÜN!

Lorenz Bahr

Bürgermeister der Stadt Wuppertal

Oberbürgermeisterkandidat von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Wuppertal

1 Zeit für ein zukunftsfähiges Wuppertal

Es ist höchste Zeit, die Herausforderungen des Klimawandels anzunehmen und von innovativer Technik zu profitieren. Mit Energieeffizienz, Energieeinsparungen und Erneuerbaren Energien wollen Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Chancen des Strukturwandels nutzen für eine GRÜNE Zukunft Wuppertals.

Bei der Umsetzung der auf Bundes- und Landesebene beschlossenen Klimaschutzprogramme kommt auf die Kommunen eine bedeutende Rolle zu. Nachhaltige Stadtentwicklung darf aber kein Diktat von oben sein, sondern muss alle Wuppertalerinnen und Wuppertaler ansprechen und mitreißen. BürgerInnenbeteiligung muss einen höheren Stellenwert bekommen. In Zeiten leerer Kassen, die der Politik kaum noch Gestaltungsmöglichkeiten bieten, brauchen wir neben bürgerschaftlichem Engagement auch Phantasie und originelle Ideen.

Vom KleinKlein und einer konzeptionslosen Stadtentwicklungspolitik wollen wir hin zu einer Stadtgestaltung, die für die Wuppertalerinnen und Wuppertaler im Dreiklang von Ökologie, Ökonomie und sozialer Sicherheit eine lebenswerte Zukunft bietet.

Im Bewusstsein, gute Lebensbedingungen für die uns nachfolgenden Generationen auch in Wuppertal zu erhalten, ist ein Umdenken innerhalb der Stadtentwicklungspolitik notwendig. Mit der Erstellung des Handlungsprogramms Zukunftsfähiges Wuppertal 2002 wurde der richtige Weg bereits aufgezeigt, doch in der jetzigen Wahlperiode unter der Kooperation von SPD und CDU nicht konsequent verfolgt.

2 Frauen in Wuppertal

Frauen nach vorn – bei den Wuppertaler GRÜNEN ist das kein leeres Versprechen, sondern Programm. Als einzige Partei im Wuppertaler Rat haben wir eine Frau an der Spitze. Frauen stellen bei uns über 50% der MandatsträgerInnen.

Für uns heißt das: die Hälfte der Macht für Frauen und die Hälfte der Verantwortung für Männer. Erwerbs- und Familienarbeit sollen zwischen Frauen und Männern gerecht und partnerschaftlich aufgeteilt werden.

GRÜNE Politik fühlt sich der Geschlechtergerechtigkeit und der Gleichstellungspolitik verpflichtet. Das heißt aber nicht, dass wir deshalb die speziellen Belange von Frauen in unserer Gesellschaft aus dem Blick verlieren. Für uns stehen Frauen- und Gleichstellungspolitik im Gleichklang nebeneinander und schließen sich keineswegs aus.

Die Hälfte der Macht den Frauen

Frauen erhalten in Deutschland durchschnittlich immer noch 23% weniger Lohn als Männer. Fast alle Spitzenjobs sind von Männern besetzt. Wir setzen uns für eine geschlechtergerechte Teilhabe am Erwerbsarbeitsmarkt ein. Geeignete Maßnahmen sind eine gezielte und aufeinander abgestimmte Arbeitsmarkt- und Familienpolitik. Hierzu gehören eine Verbesserung der Kinderbetreuung sowie die Sensibilisierung von Männern in der Familienarbeit. Unsere Forderung bleibt: gleiches Geld für gleichwertige Arbeit.

Wir wollen

- mehr Qualifizierungsmaßnahmen für langzeitarbeitslose Frauen, insbesondere für Ältere und Alleinerziehende

Mädchen und junge Frauen

Junge Frauen machen immer öfter die besseren Abschlüsse in Schule, Ausbildung und Beruf. Dennoch wählen sie aus über 340 Ausbildungsberufen nur 10 aus, die häufig wenig Gehalt und kaum Aufstiegschancen bieten. Die Stadt Wuppertal kann hier eine Vorbildfunktion übernehmen, indem sie die Hälfte aller Ausbildungsplätze an Mädchen und junge Frauen vergibt.

Wir wollen

- den jährlich stattfindenden Girl's Day, den Mädchen-Zukunftstag, um Mädchen besser über handwerkliche und technische Berufe zu informieren

Stadt als Wirtschaftsförderin

Immer mehr Frauen machen sich selbständig, sei es, dass sie einen Betrieb übernehmen oder ein eigenes Unternehmen gründen. Wir machen uns dafür stark, dass die städtische Wirtschaftsförderung geschlechtergerecht ausgerichtet wird.

Wir wollen

- die Wiedereinrichtung des Zentrums zur beruflichen Frauenförderung

Gerechter Haushalten

Als Teil des Gender-Mainstreaming-Konzepts ist der städtische Haushalt im Hinblick auf seine Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern zu überprüfen und neu auszurichten. Der Ansatz des geschlechtergerechten Haushalts (Gender Budgeting) wird schrittweise im Haushalt verwirklicht und soll zunächst in geeigneten Modellprojekten erprobt werden.

Frauengerechte Gesundheitsversorgung

Frauen und Männer gehen mit Gesundheit und Krankheit unterschiedlich um und haben deshalb auch unterschiedliche Anforderungen an das Gesundheitssystem. Forschungen zu Gesundheit und Krankheit werden nach wie vor fast ausschließlich an Männern ausgerichtet, die Ergebnisse werden jedoch auch auf Frauen übertragen, obwohl sich die Krankheitssymptome von Frauen und Männern teilweise sehr voneinander unterscheiden. Wir wollen, dass alle MedizinerInnen anerkennen und berücksichtigen, dass Männer schon lange nicht mehr als Norm im Gesundheitssystem gelten können, Frauen benötigen andere Medizin als Männer. Einige ÄrztInnen wissen das schon und behandeln Frauen so, wie es nötig ist. Viele tun dies noch nicht. Hier ist noch viel nachzuholen, z.B. in Form von Fortbildungen der niedergelassenen ÄrztInnen.

Wir wollen

- den Erhalt der finanziellen Mittel für gesundheitliche Versorgung und Prävention
- eine geschlechtsspezifische Erhebung und Auswertung aller relevanten Daten, um daraus Handlungsansätze zu entwickeln und Maßnahmen z.B. zu Themen wie Sucht, Essstörungen, Brustkrebs und Pflege durchzuführen
- ein Frauengesundheitszentrum für Wuppertal, das für Frauen aller Altersgruppen und Nationalitäten Information und Beratung „aus einer Hand“ bietet, wie z.B. Sexualaufklärung, Schwangerschaftskonfliktberatung, Informationen bei einer Krebserkrankung oder bei einem Herzinfarkt, die Kultur des Alterns, Informationen zu Selbsthilfegruppen und vieles andere mehr
- dass die kostenlose gesundheitliche Versorgung von Prostituierten weitergeführt wird

Nein zu Gewalt an Mädchen und Frauen

Gewalt gegen Mädchen und Frauen muss geächtet werden. Sie ist kein Kavaliersdelikt, sondern ein Verbrechen. Hilfe statt Häme für die Opfer solcher Gewalt muss selbstverständlich werden. Wir wollen Frauen und Mädchen vor Gewalt in jeglicher Form schützen. Dabei muss die Stadt Frauen und Mädchen auf vielfältige Weise unterstützen. Die Angebote von Frauenprojekten wie dem Frauenhaus, der FrauenBeratung und des Frauennotrufs sollen erweitert werden, da der Bedarf an Unterstützung ständig ansteigt, z.B. durch neue Themen wie Kampf gegen K.O.-Tropfen, gegen Stalking und gegen Genitalverstümmelung oder Zwangsheirat. Wir wollen, dass die Angebote an Schulen zum Thema sexueller Missbrauch gesichert und auch an Grundschulen durchgeführt werden. Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurse für Mädchen und Frauen sollen aufrecht erhalten und ausgeweitet werden.

Wir wollen

- die schnelle Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes auch für Migrantinnen
- die Einrichtung einer Notwohnung für die Opfer von Frauenhandel
- eine stadtweite Kampagne „Männer gegen Männergewalt“, die Männer für die Thematik sensibilisiert und das Nachdenken und die Diskussion über das eigene Rollenverständnis anregt
- die konsequente Anwendung der kommunalen Möglichkeiten, sexistische Werbung z.B. an Haltestellen des Öffentlichen Personennahverkehrs zu verhindern

Mädchen und junge Frauen stark machen

Kommunale Mädchenarbeit soll als Querschnittsaufgabe eine zentrale Rolle einnehmen. Dabei sollen geschlechtsspezifische Rollenmuster aufgebrochen und geschützte Räume angeboten werden. Es muss eigene Angebote in Sportvereinen, Kindergärten und in der Jugendhilfe geben.

Wir wollen

- die Beteiligung von Mädchen und jungen Frauen bei der Stadtplanung und Umgestaltung öffentlicher Räume
- Internetcafés für Mädchen in Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen

Migrantinnen

In Wuppertal leben ca. 49.000 Frauen mit Migrationshintergrund. Wir setzen uns für Gesundheits- und Sportangebote für Migrantinnen, für muttersprachliche Gesundheitsangebote z.B. in der Schwangerschaftskonfliktberatung und für Sportangebote für Migrantinnen in reinen Frauengruppen ein. Wir wollen, dass alle frauenspezifischen Beratungsangebote von Migrantinnen genutzt werden können. Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen mit Migrationshintergrund und den entsprechenden Sprachkenntnissen bei Stellenbesetzungen stärker als bisher berücksichtigt werden. Außerdem wollen wir, dass Kinder mit Migrationshintergrund Sprachförderkurse zusammen mit ihren Müttern machen können.

Lesben sichtbar machen

Lesben bilden keine Randgruppe, sondern sind ein wesentlicher Teil der Gesellschaft. Dennoch: viele müssen ihr Privatleben verstecken. Lesben sind gesellschaftlich unterrepräsentiert und in der öffentlichen Wahrnehmung kaum vorhanden. Bündnis 90/DIE GRÜNEN sehen es als eine Aufgabe der Kommunalpolitik, ein Umfeld zu schaffen, in dem auch Lesben offen, selbstbewusst und gleichberechtigt miteinander leben können.

Wir wollen

- die Einrichtung eines Antidiskriminierungsbüros, zumindest aber einer kommunalen Koordinierungsstelle
- dass bei städtisch bezuschussten Frauenprojekten und allen geförderten Beratungsstellen, z.B. auch Familienberatungsstellen, die Situation von Lesben verstärkt und selbstverständlich Berücksichtigung finden soll

Selbstbestimmt leben im Alter

Der Wunsch der Frauen, im Alter in der gewohnten Umgebung zu bleiben und weitestgehend autonom zu leben, wird noch zu wenig berücksichtigt. 80 Prozent der BewohnerInnen von Pflege- und Altenheimen in Wuppertal sind Frauen.

Die unterschiedlichen Lebensentwürfe von Frauen müssen auch in der Alten- und Pflegebedarfsplanung berücksichtigt werden. Bisher scheiterten neue Wohn- und Betreuungsformen und frauenspezifische Angebote an mangelndem Bewusstsein und fehlender Infrastruktur.

Auch die Beratung von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen soll am Einzelfall und an den individuellen Wünschen ausgerichtet sein. Noch immer liegt die Hauptverantwortung für

die Pflege von Angehörigen auf den Schultern von Frauen. Und wenn sie selber hilfebedürftig werden, brauchen sie optimale Unterstützung.

3 Migration aktiv gestalten

Wuppertal ist und bleibt eine multikulturelle Stadt mit über 150 Nationalitäten. Wir GRÜNEN stehen dafür, das friedliche Miteinander der Nationen aktiv zu gestalten. Dafür ist es für uns unabdingbar, dass gerade die Sprachförderung in allen Altersgruppen in Zukunft eine noch zentralere Bedeutung hat. Bündnis 90/DIE GRÜNEN sprechen sich dafür aus, mehr Geld durch Umschichtung innerhalb des Etats der Stadt Wuppertal einzusetzen, um jungen MigrantInnen durch geeignete Qualifizierungsmaßnahmen den Übergang von der Schule in den Beruf zu erleichtern.

Wir wollen

- die Migrationsvereine bei ihrer Arbeit im außerschulischen Bereich weiter stärken, gleichzeitig aber auch die Sprachförderung von älteren MigrantInnen unterstützen
- die RAA (Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien) erhalten und ausbauen
- einen Aufenthaltsstatus für junge Flüchtlinge, um sicherzustellen, dass sie ihre Qualifizierung beenden bzw. ihre Berufsausbildung abschließen können
- dass bei langjährigen geduldeten AsylbewerberInnen von einer Abschiebung abgesehen wird. Sie sollen eine dauerhafte Rechtssicherheit bekommen und einen Status erhalten, der ihnen eine Integration in unsere Gesellschaft möglich macht
- eine durchgängige Förderung der MigrantInnen sicherstellen und sprechen uns daher für eine Zusammenlegung der Bereiche Integration und Zuwanderung mit den Bereichen Schule und Jugendhilfe, Sport und Kultur in ein Ressort der Stadtverwaltung aus
- die rechtliche, soziale und politische Gleichstellung aller in Wuppertal lebenden Menschen. Um Flüchtlinge zu schützen, brauchen wir ein auf die Menschenrechtskonventionen aufgebautes Zuwanderungsgesetz, ein humanes Asylrecht und ein Antidiskriminierungsgesetz, das seinen Namen verdient
- dass der Bund allen dauerhaft in Wuppertal lebenden BürgerInnen das kommunale Wahlrecht ermöglicht. So lange dies noch nicht verwirklicht werden kann, sprechen wir uns weiterhin für einen eigenen Migrationsausschuss aus, in dem alle Themen der Zuwanderung und Integration gestaltet werden können
- antirassistische Projekte unterstützen und fördern
- den Beitritt Wuppertals zur „Städtekoalition gegen Rassismus“ der UNESCO

4 Soziale Stadt

Ältere Menschen

Auch für Wuppertal gilt, was überall in Deutschland in den nächsten Jahrzehnten die gesellschaftliche Entwicklung prägen wird: Der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung wird sich deutlich erhöhen. Bisher fehlt eine Politik, die sich gezielt an den Bedürfnissen von älteren Menschen orientiert und gleichzeitig Kinder und Jugendliche – die Zukunft unserer Stadt – nicht benachteiligt.

Politik für die älteren Generationen soll ein eigenständiges Profil erhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass Stadtviertel und Stadtteilzentren den Bedürfnissen älterer Menschen gerecht werden. Für viele von ihnen ist der Lebensmittelladen an der Ecke, die Sitzbank zum Ausruhen, der Frisör, die Arztpraxis oder der Seniorentreff ein notwendiger Bestandteil ihres Lebens. Hier muss die Kommunalpolitik für eine seniorengerechte Infrastruktur in allen Lebensbereichen sorgen: Dazu gehören die Stadtplanung, die Verkehrspolitik, die

Nahversorgung für den täglichen Bedarf ebenso wie seniorenfreundliche Dienstleistungen der Stadtverwaltung.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen älteren Menschen so lange wie möglich ein selbst bestimmtes Leben ermöglichen. Wir unterstützen daher die Erprobung und Förderung alternativer Wohnformen, die es erlauben, den Tagesablauf so individuell wie möglich zu gestalten, aber dort Hilfe bieten, wo sie benötigt wird. Noch werden rund 70% der Pflegeleistungen für ältere Menschen von Frauen in den Familien erbracht. Zunehmende Mobilität und Veränderungen in den Familienstrukturen machen jedoch ergänzende Pflegeangebote nötig. Dazu kommt, dass auch die Zahl der alleinstehenden Pflegebedürftigen ohne direktes familiäres Umfeld steigen wird.

Kommunale Sozialpolitik muss Verantwortung für die gesundheitliche Versorgung und Pflege älterer Menschen in Wuppertal übernehmen. Als wichtiges Beratungs- und Kontrollgremium muss die Heimaufsicht personell so ausgestattet werden, dass sie ihrer verantwortungsvollen Aufgabe nachkommen kann.

Die Zusammenarbeit mit der trägerunabhängigen Pflegeberatung der Stadt Wuppertal und einer neu einzurichtenden Beschwerdestelle Pflege ist hierbei von großer Bedeutung.

Die demografische Entwicklung macht darüber hinaus eine neue Kultur der Altersarbeit und der Anerkennung gesellschaftlicher Leistungen nötig. Denn Älterwerden ist kein Defizit, sondern kann beruflich wie sozial neue Kompetenzen mit sich bringen. Daher setzen sich die GRÜNEN auch am Arbeitsmarkt für neue Perspektiven für ältere Beschäftigte, für Konzepte des „lebenslangen Lernens“ und die gesellschaftliche Einbindung von Seniorinnen und Senioren in ehrenamtlichen Engagements ein.

Wir wollen

- die Direktwahl einer Seniorenvertretung durch die Wuppertaler Seniorinnen und Senioren
- dass bestehende offene Angebote für Seniorinnen und Senioren in den Stadtteilen weiter ausgebaut werden, durchaus in Anbindung an stationäre Einrichtungen
- dass neue Arbeitsmarktkonzepte für ältere Beschäftigte entwickelt werden
- dass auch ältere Arbeitslose qualifiziert oder umgeschult werden
- die Förderung alternativer Wohnformen und den Aufbau von flexiblen und finanziell gesicherten Hilfsnetzen aus Angehörigen, Ehrenamtlichen und professionellen Diensten
- zielgruppenspezifische Pflegeangebote im ambulanten und stationären Bereich (z.B. für die wachsende Zahl alt werdender MigrantInnen, aber auch psychisch Kranke und Suchtmittelabhängige)
- die Einrichtung einer „Beschwerdestelle Pflege“

Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender

Wuppertal gilt als weltoffen und tolerant, dennoch sind auch hier Intoleranz, Diskriminierung und Herabwürdigung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern an der Tagesordnung. Unser Ziel ist es, dass sich kein Mensch auf Grund seiner sexuellen Identität verstecken muss.

Lesbische und schwule Selbsthilfe- und Beratungsstellen leisten eine innovative und unverzichtbare Arbeit in der Gesundheits- und Gleichstellungsarbeit. Diese Arbeit wollen wir stärken und weiter fördern.

Wir wollen

- die aktive Gleichstellungspolitik für Lesben und Schwule in selbstbestimmten Strukturen
- die besondere Unterstützung von Jugendlichen im Coming-Out

- Hilfe und Schutz für homosexuelle Gewaltopfer durch Aufklärungs- und Präventionsprogramme

Gesund leben und gesund bleiben in Wuppertal

Wuppertal ist eine Hochburg medizinischer Dienstleistungen: Acht Krankenhäuser und das Universitätsklinikum sowie zahlreiche Facharztpraxen beweisen dies. Doch auch unsere Stadt ist von Einsparbestrebungen im Gesundheitssektor betroffen. Wir sehen hier die Bundespolitik in der Pflicht dafür Sorge zu tragen, dass in Wuppertal ausreichende Versorgungskapazitäten auf hohem Qualitätsniveau und bei fairen Arbeitsbedingungen erhalten bleiben.

Man möchte meinen, Wuppertal ist eine der gesündesten Städte Deutschlands. Das stimmt aber nicht für alle. Ähnlich wie bei den Bildungschancen entscheiden Einkommen und soziale Herkunft über die Gesundheitschancen. Das belegt die Schuleingangsuntersuchung, die für Wuppertal einen deutlichen Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und der gesundheitlichen Lage der Kinder aufzeigt. Auch in diesem Fall sind Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund besonders benachteiligt.

CDU und SPD haben die kommunalen Mittel zur Gesundheitsförderung stark zurückgefahren. Stattdessen müssen seit Jahren erprobte gute Ansätze wie die Familienhebamme oder die Gesundheitsförderung in den Kindertageseinrichtungen ständig um ihre Finanzierung (durch eigenständig besorgte Projektmittel) kämpfen.

Wir wollen deshalb die Gesundheitsförderung für Menschen aus schwierigen sozialen Lagen wieder zur Regelaufgabe kommunaler Gesundheitspolitik machen und mit einem festen Etatansatz versehen.

Wir wollen

- ein verbindliches Handlungsprogramm zur Gesundheitsförderung mit nachhaltbaren Zielen
- eine optimale ambulante und stationäre Versorgung, die präventiv und vorausschauend ansetzt. Darüber hinaus setzen wir uns für gut ausgebildetes und ausreichendes Personal in sämtlichen Pflegeberufen ein
- eine regelmäßige Gesundheitsberichterstattung, die auch den Krankheiten vorausgehendes Risikogeschehen in allen Lebensbereichen erfasst. Neben den Ursachen von psychischen Erkrankungen, deren Häufigkeit immer mehr zunimmt, gehören selbstverständlich auch Umweltbelastungen wie Lärm und Abgase dazu
- die Planung und mittelfristige Einrichtung einer Umweltambulanz

Auch in Wuppertal ist eine hohe Anzahl an Menschen HIV-positiv oder an Aids erkrankt. Sie bedürfen auch und gerade in Zeiten, in denen das Thema nicht mehr die Schlagzeilen beherrscht, umfassender Unterstützung und Hilfe. Durch neue Medikamente ist HIV/Aids nicht mehr automatisch mit einer Lebensbedrohung verbunden. Leider sinkt hierdurch auch die Bereitschaft zu „Safer Sex“. Die Zahl der Neuinfektionen steigt erstmals seit Jahren wieder an.

Wir wollen

- dass das Gesundheitsamt seine Arbeit präventiver ausrichtet, insbesondere im Bereich der Aids-Prävention und bei der Betreuung von Prostituierten
- die Aids-Hilfe Wuppertal mit allen kommunal zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen
- sozialmedizinische Aktivitäten des Gesundheitsamtes der Stadt Wuppertal verbessern, die den Bereich Planung von Hilfen, der fachlich-kommunalen Öffentlichkeitsarbeit und der Einbindung niedergelassener Ärztinnen und Ärzte Rechnung tragen

Menschen mit Behinderung

Gleichberechtigung und Gleichstellung von behinderten Menschen war und ist für Bündnis 90/DIE GRÜNEN selbstverständlich.

Menschenwürde, Respektierung, Anerkennung und Unterstützung der Individualität von Menschen mit Behinderung ist hierbei unser zentrales Anliegen. Behinderung darf nicht dazu führen, dass Menschen in ihrer selbstbestimmten Lebensführung durch fehlende Hilfen und Rahmenbedingungen beeinträchtigt sind.

Alle Lebensbereiche der Gesellschaft müssen barrierefrei werden, damit sie für Menschen mit Behinderung zugänglich und nutzbar sind.

Wir wollen

- die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs im Sinne von Menschen mit Behinderung
- die Schaffung von barrierefreien Zugängen zu Wuppertaler Geschäften, Restaurants und Cafés, auch in älteren Gebäuden
- die Integration und Frühförderung behinderter Kinder in Kindergärten, Kindertagesstätten, anderen Jugendhilfeeinrichtungen und in Regelschulen
- die Ausweitung der Angebote zur integrativen Beschulung für Kinder mit Behinderung
- die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung
- die Stärkung des Behindertenbeirats und der Behindertenbeauftragten bei der Stadt Wuppertal

Wuppertal eine Stadt der Selbsthilfe - das muss uns Auftrag sein

Der durch viel ehrenamtliches Engagement und Selbsthilfe getragenen Ausweitung von Angeboten zur Unterstützung und Begleitung von Menschen in Krisensituationen, in der Hospizarbeit und in der gesundheitlichen Selbsthilfe wollen wir durch eine nachhaltige Förderstruktur Rechnung tragen.

Wir wollen

- ein neues Handlungskonzept in der psychiatrischen Notfallbehandlung und Krisenintervention und für die Sicherstellung und den Ausbau des Krisennotdienstes
- den Ausbau der tagesstrukturierenden Maßnahmen sowie niedrigschwellige Arbeitsangebote für psychisch Erkrankte (auch geriatrische und geronto-psychiatrische Erkrankungen müssen einbezogen werden)

Wir unterstützen die Hospizidee und sehen die stationären Hospize und die ehrenamtlichen Initiativen zur Hospizarbeit und ambulanten palliativen Versorgung als wichtige Hilfestellungen für sterbende Menschen und ihre Angehörigen an. Dieses Engagement benötigt da; wo Spenden, Selbsthilfe und Finanzierung durch andere Kostenträger nicht ausreichen, auch eine verlässliche kommunale Finanzierung.

Selbsthilfe kann und soll nach wie vor professionelle Hilfe und Beratung nicht ersetzen, sondern ergänzen. Deshalb braucht das bereits bestehende und vielfältige Netz sozialer und gesundheitlicher Angebote und Hilfen in Wuppertal klare finanzielle Zusagen und darf nicht weiteren Kürzungen ausgesetzt werden. Aids- und Suchtprävention sowie die Schwangerschaftskonflikt- und Sexualberatung bleiben wichtige Aufgaben und dürfen trotz gekürzter Landesmittel nicht zurückgefahren werden.

Obdachlosigkeit

In den vergangenen Jahren gelang eine enorme Reduzierung der Zahl der in Wuppertal ordnungsbehördlich untergebrachten obdachlosen Menschen. Insbesondere die faktische Beseitigung des Problems obdachloser Familien ist hier zu begrüßen.

Demgegenüber ist trotz effizient arbeitender Hilfeeinrichtungen kein Rückgang der Zahl der alleinstehenden Obdach- bzw. Wohnungslosen zu verzeichnen.

Wir wollen

- die personelle Absicherung bestehender offener Tagesaufenthalte in Wuppertal (Café Oberstübchen in Elberfeld, City-Treff in Barmen)
- die Rücküberführung der Abteilung "Wohnhilfen" in den Geschäftsbereich Soziales und Jugend
- die Steuerungsgruppe im Rahmen sozialer Ordnungspartnerschaft erhalten
- dass der stark ansteigenden Zahl jüngerer Obdachloser durch geeignete Maßnahmen seitens der ARGE und der Stadt Wuppertal entgegen gewirkt wird. Menschen unter 25 Jahren ist der Bezug einer eigenen Unterkunft in jedem Fall zu ermöglichen

Psychosoziale Versorgung / Psychiatrie

Das Versorgungssystem für psychisch erkrankte Menschen in Wuppertal konnte trotz enger werdender finanzieller Spielräume quantitativ und qualitativ ausgebaut werden. Die „Arbeitsgemeinschaft für Psychosoziales und Behinderung“, wie auch die angeschlossenen Fachgruppen „Psychiatrie“, „Sucht“, „Beratung“, „Hilfen bei Obdachlosigkeit“ und „Behinderung“ haben sich hierbei trotz mancherlei Unzulänglichkeiten bewährt.

Wir wollen

- den weiteren bedarfsgerechten Ausbau von Plätzen im Betreuten Wohnen wie auch punktuell im stationären Bereich
- die Schaffung von öffentlich finanzierten zielgruppenspezifischen Arbeitsplätzen im Rahmen von SGB II und SGB XII
- die Absicherung und den Ausbau des Kriseninterventionsdienstes
- dass die Einbindung von Selbsthilfe- und Angehörigengruppen in die Planung und die Arbeit der psychosozialen Hilfesysteme verstärkt durchgeführt wird
- dass die Einbindung niedergelassener Ärztinnen und Ärzte wie auch der Wuppertaler Allgemeinkliniken verbessert wird
- den sozialpsychiatrischen Dienst der Stadt Wuppertal personell durch Stellenaufstockung in die Lage versetzen, seinen vielfältigen Aufgaben in vollem Umfang nachkommen zu können
- niedrigschwellige und aufsuchende Hilfen für Menschen, die nicht in der Lage sind, herkömmliche Hilfeinrichtungen aktiv aufzusuchen

Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II

Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden sich weiterhin für ein qualitativ gutes und den konkreten Anforderungen entsprechendes Angebot vielfältiger sozialer Hilfen in Wuppertal in enger Kooperation von öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege einsetzen.

Ungeachtet unserer grundlegenden Kritik an einem wesentlichen Teil von „Hartz IV“ gilt es nach wie vor, die gesetzlichen Grundlagen im Interesse der hilfebedürftigen Menschen schnell, effektiv, flexibel und bedarfsorientiert umzusetzen.

Notwendige Hilfestellung aus einer Hand ist nur möglich unter Federführung der Kommune, deren Einfluss auf die vielen erfolgreichen Projekte im Bereich Qualifizierung und Beschäftigungsförderung gesichert bleiben muss.

Wir wollen

- den Ausbau der finanziellen Förderung der freien und unabhängigen Beratung von Menschen, die ALG I, ALG II oder Sozialhilfe beziehen, durch Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege und der Selbsthilfe
- die kommunale Trägerschaft für die Leistungserbringung nach SGB II, bei der sichergestellt sein muss, dass keine unzumutbaren finanziellen Belastungen durch die Kommune zu tragen sein werden

Sucht

Sucht und Abhängigkeit von legalen und illegalen Drogen sind nicht allein gesundheitliche Probleme Einzelner. Sie sind eingebettet in ein komplexes Ursachen- und Wirkungsgefüge

und erfordern einen fachlich qualifizierten wie niedrigschwelligen Umgang, der auch akzeptiert wird. Außerdem muss die Prävention im Suchtbereich ausgebaut werden.

Wir wollen

- das Hilfesystem für suchtmittelabhängige Menschen bei präventiven, begleitenden und behandelnden und aufsuchenden Hilfen ausbauen
- die Öffnungszeiten des Gesundheitsraumes für Abhängige von illegalen Drogen erweitern
- spezifische Hilfeangebote für Frauen ausbauen, da die Suchthilfestrukturen über weite Strecken an der Lebenssituation männlicher Kranker und Gefährdeter orientiert sind
- das ernsthafte Bemühen der zuständigen freien und öffentlichen Träger um Teilnahme an Programmen der Originalstoffvergabe an chronisch von Opiaten abhängigen Menschen unterstützen
- die Bemühungen um Zulassung von Cannabisprodukten in der medizinischen Regelversorgung unterstützen

5 Kultur für eine lebendige und lebenswerte Stadt

Kultur ist wichtiger Bestandteil des urbanen Lebens. Deshalb muss das kulturelle Geschehen einer Stadt allen Bürgerinnen und Bürgern eine Teilhabe ermöglichen. Nur wer sich im kulturellen Angebot wiederfindet, wird sich mit seiner Stadt identifizieren können. Stadtkultur baut Brücken zwischen den unterschiedlichen Kulturen und verstärkt den Dialog der Menschen aus verschiedenen Ländern. In fast allen Lebensbereichen der Gesellschaft spielt Kultur eine wichtige Rolle: als Innovationsmotor und Ideengeber, als sozialer Kitt oder Forum für neue Debatten.

Kulturpolitik ist in erster Linie Kommunalpolitik, denn Kulturarbeit wird in den Städten und Gemeinden eigenständig geleistet und diese Gestaltungsmöglichkeit sollte auch in finanziell schwierigen Zeiten als Chance genutzt werden. Bündnis 90/Die GRÜNEN setzen sich deshalb für eine vielfältige Kultur ein, bei der die freie Szene gleichberechtigt neben Oper, Schauspiel, Orchester und Tanztheater bestehen kann. Dabei gilt das Prinzip der Nachhaltigkeit: Wir setzen auf eine kontinuierliche und ausgewogene Förderung und Entwicklung anstatt auf kurzlebige Events.

Kultureinrichtungen müssen weiterhin subventioniert werden, um deren Bestand zu sichern und auch denjenigen den Zugang zu Kulturereignissen zu ermöglichen, die andernfalls von ihnen ausgeschlossen wären. Dies entbindet jedoch besonders die hoch subventionierten Kultureinrichtungen nicht von der Aufgabe, neue Zielgruppen zu gewinnen und durch entsprechende Maßnahmen junges Publikum und Wuppertalerinnen und Wuppertaler mit Migrationshintergrund verstärkt mit ihrem Angebot anzusprechen. Durch Kooperationen mit den bergischen Städten können Ausgaben gesenkt werden.

Wir wollen

- die Anerkennung und Förderung der Kulturwirtschaft: Der Kultursektor wird zunehmend als ein wachsender Wirtschaftsfaktor beschrieben. Kulturbetriebe gelten als besonders arbeits- und beschäftigungsintensive klein- und mittelständische Unternehmen. Die so genannten „Sekundäreffekte“ des Wirtschafts- und Beschäftigungspotenzials des Kulturbetriebs spielen in der Stadt eine wichtige Rolle: „Kultur schafft Arbeit“
- die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von freien Kulturschaffenden, z.B. durch Ausstellungsmöglichkeiten für Wuppertaler KünstlerInnen
- für das kommunale Handlungskonzept Interkultur die finanzielle und personelle Grundlagen zur Umsetzung schaffen

- Stadtteilkultur und Jugendkultur ausbauen und fördern, besonders im Hinblick auf Persönlichkeitsbildung und Gewaltprävention
- die Wiedereröffnung des Fuhlrott-Museums in den Zoosälen oder anderen geeigneten Räumlichkeiten: dieses überregional anerkannte Naturkundemuseum muss in Wuppertal erhalten bleiben

In Wuppertal leben und arbeiten eine Vielzahl kulturschaffender Frauen. Sie arbeiten in den unterschiedlichsten Sparten, alleine oder in Gruppen und Verbänden und sind häufig Initiatorinnen von Projekten. Bei städtischen Ausstellungen und der Vergabe von Preisen werden sie allerdings seltener als Männer bedacht. Deshalb fordern wir, dass auch bei der KünstlerInnenförderung Frauenförderung verstärkt eine Rolle spielt

6 Sport

Sport ist gut für die Gesundheit, fördert soziale Kontakte und trägt damit zur Integration von MigrantInnen, Menschen mit Behinderung oder sozial Schwachen bei. Über 70% der WuppertalerInnen gehen laut einer aktuellen Studie einer Sportart nach. Schwimmen und Radfahren sind die am meisten ausgeübten Aktivitäten, gefolgt von Fitnessstraining und Wandern/Walken.

Trotz der dramatischen Haushaltssituation der Stadt sind die Vereine auf die weitere finanzielle Unterstützung ihrer ehrenamtlichen Arbeit angewiesen.

Wir wollen

- eine verstärkte Zusammenarbeit von Schulen und Vereinen
- die weitere unentgeltliche Nutzung der Sportanlagen durch die Sportvereine
- den Ausbau des Radwegenetzes
- die energetische Sanierung der Bäder und Sportstätten
- den Neubau einer Sporthalle in Langerfeld und Cronenberg
- die Schaffung frei zugänglicher Plätze für vereinsungebundenen Sport und Bewegung
- den weiteren Ausbau von Sportangeboten für SeniorInnen

7 Schule schafft Chancen

Bei der Schaffung von Chancengerechtigkeit spielt die Bildung eine wichtige Rolle. Dabei ist der GRÜNE Bildungsbegriff ganzheitlich geprägt. Von der vorschulischen Erziehung in Kindergärten und Kindertagesstätten über die schulische Erziehung und die anschließende berufliche Ausbildung bis hin zu Möglichkeiten der Weiterbildung und des lebenslangen Lernens muss verantwortliche Bildungspolitik alle diese Stationen berücksichtigen und gestalten.

Dabei steht das Kind als Individuum mit seinen jeweils unterschiedlichen Fähigkeiten, Bedürfnissen und Entwicklungsphasen im Mittelpunkt unserer Politik. Neben der Wissensvermittlung soll die Vermittlung demokratischer, sozialer und ökologischer Kompetenzen unsere Schülerinnen und Schüler darauf vorbereiten, gesellschaftliche Entwicklungen einzuordnen und mitzugestalten.

Gemeinsames Lernen

Schule steht heute viel mehr als früher in der Verantwortung, PartnerInnen zu suchen für ihre Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Insbesondere die Einführung der offenen Ganztagschule mit ihren vielfältigen Angeboten, die über das klassische Schulangebot hinausgehen zeigt, wie erfolgreich die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe sein kann. Die unterschiedliche Sicht auf das Kind kann letztlich für alle AkteurInnen ein Gewinn sein.

Wir wollen

- eine stärkere Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe, auch und gerade auf der politischen und administrativen Ebene

Schon heute gibt es an einigen Schulen sowohl im Primarbereich als auch in der Sekundarstufe integrative Klassen, die den Gemeinsamen Unterricht ermöglichen. Als Ziel muss aber die generelle Integration der Kinder mit zusätzlichem Förderbedarf an allen Schulen stehen.

Wir wollen

- den ungehinderten (barrierefreien) Gemeinsamen Unterricht an allen Schulen ermöglichen, so dass allen Eltern, die eine Integration in der Regelschule wünschen, ein Platz für ihre Kinder zur Verfügung gestellt werden kann

Ein wesentliches Hindernis für das Ziel, Kinder und Jugendliche ihren unterschiedlichen Begabungen entsprechend zu fördern und unterschiedliche Entwicklungen zuzulassen stellt die starke Selektivität des mehrgliedrigen Schulsystems dar. Die extrem hohe Nachfrage nach Gesamtschulplätzen in Wuppertal zeigt, dass die Eltern dieses Problem ebenfalls erkannt haben und eine Schule wollen, in der gemeinsames Lernen auch nach der Grundschulzeit und bis zum ersten Abschluss möglich ist. Vielfalt an den Schulen ist kein Hindernis, sondern eine Chance, die allen Schülerinnen und Schülern zugute kommt.

Wir wollen

- die Errichtung einer sechsten Gesamtschule
- die Erprobung von Schulmodellen, wie z.B. von Verbundschulen (Zusammenlegung von unterschiedlichen Schulformen) und von Gemeinschaftsschulen

Längeres Lernen

Die Einführung des Abiturs nach 12 Jahren hat für die Schülerinnen und Schüler enorme Veränderungen in ihrem Tagesablauf ergeben. Sie müssen immer länger in der Schule bleiben, so dass diese noch stärker zum Mittelpunkt ihres Lebens wird. Diese Umstellung erfordert auch entsprechende Anpassungen der Leistungen, die an den Schulen im Bereich Sek. I und II erbracht werden. Insbesondere die Betreuung und Verpflegung der Kinder und Jugendlichen darf nicht vernachlässigt werden.

Aber auch an den bereits bestehenden Ganztagschulen in Wuppertal muss eine regelmäßige und vollwertige Mahlzeit selbstverständlich sein. Insbesondere für Eltern, die von Leistungen nach dem SGB II leben oder GeringverdienerInnen sind, stellen die Kosten für die Mittagsverpflegung eine finanzielle Belastung dar. Diese Beiträge dürfen nicht zur Hürde für die Teilnahme an den Ganztagsangeboten werden. Die zu Beginn der letzten Ratsperiode auf GRÜNE Initiative eingeführte und dann wieder aufgehobene Befreiung von diesen Kosten war eine wesentliche Voraussetzung zum Gelingen des Ganztagsangebotes in Wuppertal.

Wir wollen

- die kostenlose Bereitstellung einer vollwertigen Mittagsverpflegung an Ganztagschulen für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen oder Wuppertal-Pass-InhaberInnen

Berufsbezogenes Lernen

Für Jugendliche stellt nach der allgemeinen Schulzeit der Besuch der Berufkollegs vielfach den noch letzten und einzigen Kontakt zur Bildung und Vorbereitung auf den Beruf dar. Dabei sind die beruflichen Zukunftsaussichten weitestgehend abhängig von der sozialen Herkunft, der schulischen Bildung und der betrieblichen Verantwortung für Ausbildung.

Wir wollen

- Kooperationsprogramme zur Förderung und Entwicklung benachteiligter Jugendlicher in Arbeit und Ausbildung

Bildungsqualität sichern

Die allgemeinen Qualitätsdebatten um Bildung, auch im Hinblick auf internationale Vergleiche zeigen, dass die Schulen zur Bewältigung der an sie gestellten Herausforderungen mehr Autonomie benötigen. Bündnis 90/DIE GRÜNEN unterstützen und fördern daher die Gestaltungs- und Entscheidungskompetenz der einzelnen Schulen. Wir wollen, dass die Wuppertaler Schulen in die Lage versetzt werden, in Selbstverwaltung und Eigenverantwortung ihre erzieherischen und pädagogischen Aufgaben der Zukunft lösen zu können.

Wir wollen

- Schulen, die selbständige Schule werden wollen, durch die Bereitstellung ausreichender Ressourcen unterstützen

Lebensbegleitendes Lernen

Nach dem Ende der Schulzeit und der Ausbildung ist das Lernen nicht beendet. Um gleichberechtigt an den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen teilzuhaben, ist lebensbegleitende Weiterbildung notwendig. Diese muss für alle Bürgerinnen und Bürger bezahlbar vorgehalten werden. Für Bildungsferne sollen spezielle Programme und Angebote aufgelegt werden. Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen ist ein wichtiger Baustein der kommunalen Bildungspolitik. Die Volkshochschule als kommunale Einrichtung sollte mit ihrem Profil (Grundbildung, Schulabschlüsse, berufsbezogene Weiterbildung, Kooperationsstruktur) stärker zur Umsetzung kommunaler Bildungsziele eingesetzt werden.

Wir wollen

- Lebensbegleitendes Lernen Wirklichkeit werden lassen
- eine kommunale Bildungspolitik, die Kindertagesstätten, Schule und Weiterbildung verbindlich vernetzt (Kommunale Bildungslandschaften)

8 Wuppertal braucht Kinder und Jugendliche

Leben mit Kindern und Jugendlichen - der Zukunft eine Chance geben

Kinder und Jugendliche sollen in Wuppertal so aufwachsen, dass sie ihre Zukunft und die Zukunft der Stadt selbst und in Verantwortung für die Gemeinschaft in die Hand nehmen können. Dies ist unser Ziel. Dazu gehört insbesondere der gleichberechtigte Zugang aller Kinder zu den Bildungseinrichtungen in Wuppertal. Aber auch die gesamte Gestaltung des Lebens von Kindern und Jugendlichen in der informellen Familien-, Kinder- und Jugendarbeit.

Eine sozialraumbezogene und gesamtstädtische integrierte Schul-, Bildungs- und Jugendhilfeplanung ist notwendig, um den Stellenwert von Kindern und Jugendlichen in Wuppertal zu erhöhen.

Wuppertal braucht Kinder und Jugendliche

Wir wollen

- die Förderung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit: In allen Wuppertaler Jugendzentren muss ein personeller Mindeststandard von drei pädagogischen MitarbeiterInnen gelten
- die Förderung der Kinder- und Jugendkulturarbeit

- die Förderung des Bewusstseins für Geschlechtergerechtigkeit durch Mädchen- und Jungenarbeit
- dass sich der öffentliche Raum in Wuppertal (Plätze, Straßen, Einrichtungen) noch stärker an den Bedürfnissen auch von Kindern und Jugendlichen orientiert. Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen z.B. weiterhin die Nutzung des Platzes am Haspel auch durch jugendliche SkaterInnen
- die verstärkte Sanierung und den Erhalt sowie Neubau von Spielplätzen
- eine aktive Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an stadtplanerischen Maßnahmen
- die Förderung des Verständnisses für Natur und Kultur, Gesundheit und Sport durch gezielte und integrierte Angebote in den Stadtteilen, in den Bildungs- und Jugendeinrichtungen
- dass Jugendliche, die keinen Schulabschluss haben, mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und der Jugendberufshilfe so gefördert werden, dass alle einen Schulabschluss erreichen und einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz finden können
- den Aufbau intelligenter und effizienter Kooperationsstrukturen von offener Jugendarbeit, Schule, Jugendsozialarbeit und Streetwork
- die interkulturelle Kompetenz im Sinne einer erfolgreichen Jugendarbeit fördern

Kinder brauchen Bildung und Betreuung

Wir wollen

- ausreichende Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren und für Grundschulkindern, mit Öffnungszeiten, die sich an den Arbeitszeiten der Eltern orientieren
- dass das sogenannte „Kinderbildungsgesetz“ (KiBiZ) nicht zu einer schlechteren Qualität der Kinderbetreuung und einer untragbaren Mehrbelastung der ErzieherInnen führt
- Elterninitiativen, die ein besonders auf die Bedürfnisse der Eltern ausgerichtetes Betreuungsangebot bieten, erhalten
- dass Kindertagesstätten sich noch mehr als Bildungseinrichtungen verstehen. Die teilweise besonderen Anforderungen von Kindern mit Migrationshintergrund müssen berücksichtigt werden.
- die Kooperation zwischen Trägern der Jugendhilfe und der Schule im Hinblick auf den Ausbau der Offenen Ganztagschule verbessern und ausbauen
- mittelfristig die organisatorische Zusammenführung der Jugendhilfe und der Schule in einem Dezernat der Stadtverwaltung.

Kinder und Jugendliche brauchen Schutz

Mädchen und Jungen müssen vor Gewalt, gesundheitlicher Schädigung und Vernachlässigung geschützt werden. In allen Bereichen der Hilfen zur Erziehung müssen genügend finanzielle und personelle Ressourcen bereit gestellt werden, um den vielfältigen psychosozialen Problemen der Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden. Vor dem Hintergrund des gestorbenen Pflegekindes Talea müssen auch die kommunalen Strukturen bei der Kinderpflegschaft untersucht werden.

Wir wollen

- die Präventionsarbeit ausbauen, denn Kinder und Jugendliche, denen Gewalt zugefügt wurde, brauchen jederzeit verfügbare, auch ortsnahe erreichbare Hilfsangebote
- die Errichtung einer Kinderschutzambulanz, die an die Kinderklinik Barmen angebunden ist

Kinder und Jugendliche brauchen Rechte

In Wuppertal wird bereits seit Jahren mit Kindern und Jugendlichen die Neugestaltung von Spielplätzen geplant. Ein Planungsmobil ist auf unsere Forderung hin eingerichtet worden.

Damit können Kinder und Jugendliche auch in die Planung von Wohngebieten einbezogen werden.

Wir wollen

- dass in allen Abteilungen der Stadtverwaltung Kinderfreundlichkeit eine Querschnittsaufgabe ist
- einen direkten und eigenständigen Zugang zu den Hilfsangeboten und politischen Gremien der Stadt für Kinder und Jugendliche

Auf Initiative von Bündnis 90/DIE GRÜNEN gibt es seit November 1998 in Wuppertal die Bezirksjugendräte.

Wir wollen

- das volle Antragsrecht für die Bezirksjugendräte in den Bezirksvertretungen
- die dezentrale Betreuung der Bezirksjugendräte durch eine Person im jeweiligen Bezirk
- die ausreichende finanzielle Unterstützung der Bezirksjugendräte und ihrer BetreuerInnen

9 Nachhaltige Stadtentwicklung

Eine nachhaltige Stadtentwicklung bedeutet für Wuppertal, Wohlstand für die Einwohnerinnen und Einwohner und ihre Kinder und Enkel zu erstreben, jedoch nicht auf Kosten der Umwelt und der Lebensbedingungen der Menschen weltweit.

Menschen möchten sich wohlfühlen, sich mit ihrer Stadt identifizieren, zufrieden leben, Partnerschaften leben, Familien gründen, Arbeit finden oder Unternehmen gründen. Das Wohnumfeld muss stimmen, das Stadtklima gut tun, das kulturelle Angebot attraktiv sein. Das Stadtimage soll positiv sein, die Vorzüge auch außerhalb der Stadtgrenzen bekannt sein. Um für Wuppertal ein positives Zukunftsbild zu schaffen, ist es notwendig, die Vorzüge selbstbewusst darzustellen.

Die Wuppertaler Wirtschaft ist erfolgreich und stellt zahlreiche Weltmarktführer. In Bereichen wie Gesundheitswesen, Dienstleistungen, Metallverarbeitung, Chemie oder Maschinenbau kann die Stadt überdurchschnittliche Kompetenzfelder nachweisen.

Das Durchschnittseinkommen der arbeitenden Bevölkerung ist relativ hoch. Wuppertal ist eine multikulturelle Stadt mit vielen Nationalitäten, Religionen und Kulturen und engagiert bei der Zusammenarbeit mit der Bergischen Region und darüber hinaus.

Wuppertal ist Mitglied im Klimabündnis und pflegt Kontakte zu neun Partnerstädten in aller Welt. Wuppertal ist Standort der Bergischen Universität und anderer wichtiger Institutionen.

Die berühmte Choreographin Pina Bausch trägt Wuppertals Namen in alle Welt, ebenso berühmt ist die Schwebebahn. Wuppertals Zoo ist einer der schönsten Deutschlands. Die Stadt verfügt über zahlreiche Parks und Grünanlagen, Wälder und Naherholungsgebiete. Das kulturelle Leben ist vielseitig und attraktiv. Der Sport spielt sowohl in der Spitze als auch in der Breite eine große Rolle. Und nicht zuletzt ist das Maß an sozialem und ehrenamtlichem Engagement außergewöhnlich hoch. All dies sind Eckpfeiler mit hoher Bedeutung für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung.

Doch viel Licht bedeutet auch viel Schatten:

Eine zu hohe Anzahl an Wuppertalerinnen und Wuppertaler ist arbeitslos, hat eine zu niedrige Rente oder ist arbeitsunfähig. Zu viele sind auf staatliche Transferleistungen angewiesen, haben keine Chance auf eine existenzsichernde Arbeit. Immer noch nimmt die Zahl der Arbeitsplätze ab. Die Stadtkasse ist leer, der Schuldenberg unermesslich hoch. Eine Gemeindefinanzreform, die die Schuldenlast verringern würde, ist nicht in Sicht. Die

finanziellen Mittel für Investitionen sind rar. Statistiken sehen einen starken Bevölkerungsrückgang voraus.

Menschen in der Stadt leiden unter schlechter Luft und Lärm. Die Talachse droht zur Armutszone zu werden. Wer es sich leisten kann, zieht auf die Höhen der Stadt, um in einem ruhigen, gesunden und sauberen Wohnumfeld zu leben. Viele Wohnungen und Häuser stehen leer und verwahrlosen. Soziale Brennpunkte entstehen.

Doch was, wenn sich Wuppertal seiner Stärken bewusst wird?

10 Klimaschutz ist Wirtschaftspolitik

Das Denken der Politik dreht sich überwiegend um den Faktor Arbeit. Sobald Konflikte mit dem Schutz der Umwelt drohen, wird die Umwelt gegen die vermeintlich wichtigere Wirtschaftsförderung ausgespielt. Doch das Streben nach einer ausschließlich an Wachstum und maximalem Gewinn orientierten Wirtschaft auf Kosten der Natur bedroht unsere Lebensqualität und unsere Lebensgrundlagen. Der Verlust verbliebener Freiräume und Naherholungsgebiete und die Zerstörung von Lebensräumen seltener und vom Aussterben bedrohter Tier- und Pflanzenarten sind ein Indiz für einen rücksichtslosen, unwiederbringlichen Naturverbrauch.

Diese Einsicht, der Klimawandel, die Rohstoffknappheit und die Preisexplosionen fordern neue Wege. Wuppertal ist Standort des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie sowie der Bergischen Universität, der Energieagentur NRW, dem UNEP Center für nachhaltigen Konsum und Produktion. Die Bergische Universität betreibt u.a. Materialforschung, umweltorientierte Produktgestaltung, Ökodesign.

Mehrere Wuppertaler Unternehmen wurden bereits mit einem Preis für Nachhaltigkeit ausgezeichnet. Nachhaltigkeit wird immer mehr zu einem Wirtschaftsfaktor.

Was läge näher, als Wuppertal zum Standort für Umwelttechnologie, Energieinnovationen und Ressourceneffizienz zu machen und sich als zukunftsfähige Stadt im Strukturwandel zu profilieren?

Wir wollen

- die intensive Zusammenarbeit der o.g. Institute, Einrichtungen und der Universität
- die Standortförderung für Umwelttechnologie, Einrichtung eines Energie Innovationenzentrums
- die Zusammenarbeit mit der IHK zum verstärkten Ausbau von Umweltmanagementsystemen in den Betrieben
- Betriebe bei der systematischen Reduzierung ihrer Ressourcenverbräuche und Umweltbelastungen fördern und unterstützen
- die „Wuppertaler Umweltinitiative“ wiederbeleben
- Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte für Arbeitslose in den Bereichen Energieeffizienz, Ressourcenmanagement, Erneuerbare Energie, Umweltmanagement
- die Unterstützung und Anwerbung neuer Unternehmen mit den Schwerpunkten Umwelt, Klimaschutz, Energie etc.
- die Einbindung der Wuppertaler Stadtwerke, der städtischen Wohnungsbaugesellschaft und des städtischen Gebäudemanagements in eine ökologische Standortstrategie
- die zukunftsfähige Stadtgestaltung durch Planungen, Entwürfe, Wettbewerbe, Pressearbeit, öffentliche Diskussionen und einem Zukunftsbeirat fördern

11 Klimaschutz ist Energieeinsparung

Um die Erwärmung des Weltklimas auf max. 2 Grad zu begrenzen, müssen enorme Mengen an CO₂-Emissionen eingespart werden. Mit dem im CO₂-Minderungskonzept bereits 1996 festgesetzten Ziel einer Reduzierung der CO₂-Emission um 38% bis 2010 und dem Beschluss zur Erarbeitung eines Klimaschutzkonzeptes für den Zeitraum bis 2020 ist die Stadt Wuppertal auf einem guten Weg, obwohl das Ziel bei weitem noch nicht erreicht wurde. Die von der Verwaltung und vom Wuppertal Institut vorgeschlagenen und erarbeiteten Handlungskonzepte sind ambitioniert und müssen konsequent umgesetzt werden. So wird Wuppertal als Stadt mit herausragenden Klimaschutzmaßnahmen bundesweit wahrgenommen. In Verbindung mit einer starken Ausrichtung des Wirtschaftsstandortes auf ökologische, effizienz- und umwelttechnische Unternehmen, führt dies zu einer neuen Profilierung innerhalb des Städtewettbewerbs.

Wir wollen

- Niedrigenergiestandards bei allen öffentlichen Baumaßnahmen
- Energieeffizienzrichtlinien in der Bauleitplanung festsetzen (Nutzung von Erneuerbaren Energien oder Blockheizkraftwerken)
- verbindliche Festlegungen von Klimaschutzmaßnahmen in Bebauungsplänen
- Städtebauliche Verträge nur mit Klimaschutzauflagen abschließen
- Ökologisches Bauen fördern und Vergabekriterien zu Baustoffen und ihrer Ökobilanz festlegen
- Beratungs- und Beteiligungsangebote für BürgerInnen entwickeln
- eine Solardachsatzung erlassen
- den Bezug von Ökostrom für alle kommunalen Gebäude
- die energetische Sanierung denkmalgeschützter Gebäude in Zusammenarbeit mit der Stadtmarketing GmbH fördern (es gibt 4000 Baudenkmäler in Wuppertal!)
- Energieeinsparkonzepte im Verkehrsbereich entwickeln
- die Wuppertaler Stadtwerke zum KlimaEnergieKonzern ausbauen
- Effiziente Energie- und Wärmetechniken wie Fernwärme, Blockheizkraftwerke mit energieeffizienter Gas-Brennwerttechnik, Biomassenutzung, Holzpellet- und Hackschnitzelheizungen, Abwasserwärmenutzung, Photovoltaik, Erdgas, Geothermie, effiziente Brennwerttechnik etc. fördern
- den Neubau von Windkraftanlagen auf den geeigneten Standorten
- die Nutzung industrieller Abwärme

12 Wir WuppertalerInnen wollen in Wuppertal arbeiten

In den letzten Jahren sind Tausende von Arbeitsplätzen in Wuppertal verloren gegangen. Gleichzeitig verstärkte sich der Strukturwandel: weg vom produzierenden Gewerbe hin zu Dienstleistungen, Konstruktion, Forschung und Entwicklung. Die Zahl der neu entstandenen Arbeitsplätze reichte nicht, um die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu vermindern. Oberstes Ziel kommunaler Wirtschaftspolitik muss es sein, in Wuppertal Arbeitsplätze zu erhalten und neue, nachhaltige Arbeitsplätze zu schaffen.

Immer mehr Wuppertalerinnen und Wuppertaler pendeln in die umliegenden Großstädte, auch eine Folge von multinationalen Fusionen und Arbeitsplatzverlagerungen. Wuppertal muss sich noch stärker den kleinen und mittleren Unternehmen zuwenden. Sie sind noch nicht so stark von den globalen Konzentrationsprozessen betroffen.

Wir wollen

- die Pflege bestehender Unternehmen statt hochfliegender Neuansiedlungspläne
- die intensive Beratung und Betreuung von Existenzgründungen

Vernetzung

Die Wuppertaler Wirtschaft kann nur dann voran kommen, wenn sie sich auf die eigenen Stärken besinnt. Die vorhandenen Potenziale müssen genutzt werden. Es gibt bereits Kooperationsmodelle der kleineren Betriebe. Diese müssen verstärkt und auf alle Branchen

ausgeweitet werden. HandwerkerInnen-Netzwerke sollen in erster Linie Angebote für den lokalen Markt bieten. Branchennetzwerke müssen wiederum mit den Organisationen vor Ort (IHK, Uni, Wirtschaftsförderung, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände) vernetzt werden. Gerade in den Bereichen Automobilzulieferer, Werkzeuge und Metallverarbeitung können die Chancen der Firmen auf dem Weltmarkt durch Cluster- und Netzwerkbildung verbessert werden. Die bereits starke Exportorientierung der heimischen Wirtschaft kann durch gemeinsame Marketingaktivitäten der Region Bergisches Land noch ausgebaut werden. Umwelt- und Ressourcenschonung, die Minimierung von Umweltrisiken und nachhaltiges Wirtschaften sind für zukunftsbeständige Betriebe von grundlegender Bedeutung. Deshalb soll der Erfahrungsaustausch zu diesen Themen gefördert und verstärkt werden.

Wir wollen

- die Zusammenarbeit der Firmen in Themenparks (z.B. Brachflächen und ehemalige Bahnflächen) weiter intensivieren
- die bestehende Zusammenarbeit zwischen Universität, Technologiezentrum und Unternehmen intensivieren und ausbauen
- nachhaltiges Wirtschaften in Betrieben fördern

Umweltschutz schafft Arbeitsplätze

Die Umsetzung einer ressourcen- und energiesparenden Produktion hat in den letzten Jahren viele Arbeitsplätze gesichert und geschaffen. In der Altbausanierung liegt ein großes Potenzial für heimische Handwerksbetriebe. Innovative umweltschonend produzierende Industrie- und Gewerbebetriebe haben die besten Zukunftschancen und schaffen zusätzlich neue zukunftsorientierte Arbeitsplätze.

Flächenmanagement und Gewerbeflächen

Wohnbebauung und Gewerbeansiedlung verbraucht Flächen. Den Flächenverbrauch zu reduzieren und dennoch neues Wohnen und Arbeiten zu schaffen ist die zentrale Herausforderung der kommenden Jahre. In Wuppertal fehlen bis heute schlüssige Konzepte und Leitziele. Diese zu entwickeln und dabei das Spannungsfeld zwischen Flächenverbrauch und Flächenschutz aufzulösen, ist Ziel des von Bündnis 90/DIE GRÜNEN geforderten strategischen Flächenmanagements. Es muss verlässlich festgelegt werden, welche Flächen zunächst im Innenstadtbereich zu welchem Zweck umgestaltet bzw. aufgewertet oder saniert werden und welche Flächen für private und öffentliche Investitionen bereit stehen. Dabei darf nicht wahllos auf Flächen auf der grünen Wiese zurückgegriffen werden. Wir verschließen uns an dieser Stelle grundsätzlich nicht der Forderung, auch neue, ökologisch geplante Flächen zur Verfügung zu stellen, wenn dadurch der Flächenverbrauch insgesamt reduziert und die Wohn- oder Gewerbeflächenbereitstellung konzentriert werden kann. Hierbei setzen wir allerdings in erster Linie auf die Neugewinnung und -verwertung bestehender Brachflächen. Das beinhaltet auch die Sanierung von Altlasten und ein verlässliches Brachflächenmanagement.

Wir wollen

- die Überarbeitung des Gewerbeflächenkonzeptes mit sich gegenseitig ergänzenden Angeboten (Clusterbildung)
- ein neues Cluster Gewerbe „Ressourcen- und Energieeffizienz“ entwickeln
- klein- und mittelständische Unternehmen im Hinterhof
- das Gewerbegebiet Kleinhöhe verhindern
- einen geringeren Flächenverbrauch durch eine regionale Gewerbeflächenvermarktung in Gemeinschaft mit den Nachbarstädten
- Gewerbeflächen ökologisch planen
- Flächen für ökologische Landwirtschaft

Arbeitsmarkt - Chancen für Ausbildung und Beschäftigung

In Wuppertal sind seit Jahren mehr als 20000 Menschen ohne Arbeit. Das sind mehr als 11% und deutlich mehr als im Landesdurchschnitt. Eine Besserung ist nicht in Sicht - im Gegenteil: Es gibt einfach zu wenige Arbeitsplätze. Wo immer möglich, muss sich die Kommunalpolitik in Wuppertal für die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen einsetzen. Wir befürworten die überbetriebliche Organisation von Berufsausbildung. Der regionalen Arbeitsmarktpolitik kommt eine besondere Aufgabe zu. Wo möglich, sollten Mittel des Europäischen Sozialfonds herangezogen werden.

Organisation der Wirtschaftsförderung

Unser Ziel ist eine schnelle Bearbeitung von Investitionsvorhaben in der Verwaltung durch die Koordinierungsstelle im Rathaus, schnelle zeitliche Zielvorgaben, schnelle Umsetzung durch die Verwaltung und/oder die Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Wirtschaftliche Fragen müssen in öffentlicher Sitzung beraten werden, sofern es sich nicht um Bauanträge o.ä. handelt. Wir wollen die Zusammenarbeit in der Region zur normalen Vorgehensweise machen.

Wir wollen

- eine gemeinsame Wirtschaftsförderungsgesellschaft für das Bergische Städtedreieck
- die Gründung eines schlagkräftigen EU-Büros der drei Bergischen Großstädte zur Akquirierung von EU-Mitteln

13 Solide kommunale Finanzen

Nichts ist mehr wie es war. Die Finanzlage der Stadt Wuppertal ist dramatisch. Die Verschuldung Wuppertals liegt bei mehr als 1,5 Milliarden Euro und belastet die Zukunft unserer Kinder. Die Stadt ist wegen der Schulden fast handlungsunfähig, eine gestaltende Kommunalpolitik nahezu unmöglich; es regiert der Sparkommissar Regierungspräsident. Oberste Priorität aller Kommunalpolitik der kommenden Jahre muss die Konsolidierung der städtischen Finanzen sein. Die Kommunalpolitik muss daher radikal umdenken. Die Finanzen der Stadt Wuppertal können nur mit einer durchgreifenden Sparpolitik und einer fairen Ausstattung seitens Bund und Land NRW gesunden.

Wir begrüßen ausdrücklich den vollzogenen Wechsel von der Kameralistik, die das Wirtschaften von der Hand in den Mund fördert, auf die Bilanzierung aller städtischen Werte und Geldflüsse mit einer modernen doppelten Buchführung.

Wenn die Konsolidierung der städtischen Finanzen nicht gelingt, sind viele der in diesem Programm genannten Ziele nicht erreichbar. Und die schon jetzt bekannte Situation, dass sinnvolle Projekte wegen Ablehnung durch die Bezirksregierung nicht finanziert werden können, wird sich noch verschärfen.

Neben eigenen Bemühungen wollen Bündnis 90/DIE GRÜNEN eine faire Stärkung der Einnahmen durch eine umfassende Strukturreform der Kommunalfinanzen bei Land und Bund erreichen. Erstes Ziel muss ein Schutzschirm sowie eine Lösung für die Altschulden der Städte mit Haushaltssicherungskonzept sein.

Die Finanzierung der Kommunen muss sich nach der Bedürftigkeit richten, nicht nach Landesgröße und Himmelsrichtungen.

Ein neuer Abstimmungsprozess zwischen Bund, Ländern und Kommunen (Konsultationsprinzip) ist für Gesetzgebungsverfahren einzuführen. Wer ein Leistungsgesetz beschließt, muss auch darstellen, wie es finanziert werden soll.

In der Zusammenarbeit mit Solingen und Remscheid und weiteren umliegenden Städten gibt es noch erhebliche Optimierungspotenziale.

Auch wenn damit die Finanzkrise nicht wirklich gelöst wird, ist es doch ein wichtiger Schritt, um das Zerreißen des sozialen Netzes der Kommunen zu verhindern.

Wir wollen das bereits in Hamm erprobte Konzept des BürgerInnenhaushalt (Beteiligung bei der Aufstellung der Haushaltspläne) auch in Wuppertal anwenden, damit mit dem knappen Geld noch sorgsamer umgegangen wird.

Der städtische Haushalt soll auf seine Auswirkungen auf die Gleichstellung von Männern und Frauen überprüft und neu ausgerichtet werden. Der Ansatz des Gender Budgetings wird schrittweise im Haushalt umgesetzt.

Wir wollen

- eine sparsame Haushaltspolitik
- eine Strukturreform der Kommunal Finanzen
- mehr Beteiligung und Information der BürgerInnen
- eine intensivere kommunale Zusammenarbeit, um die Interessen des Bergischen Landes überregional zu stärken

Auf die Finanzmarktkrise reagieren

Die Finanzmarktkrise wird bereits zu einer Wirtschaftskrise, die auch auf die Kommunen und deren Steuereinnahmen durchschlagen wird. Investitionen von Privathaushalten und Unternehmen werden infolge der allgemeinen Verunsicherung zurückgestellt, was die Krise wiederum verschlimmert. Davon besonders betroffen sind das Handwerk und das Bauhauptgewerbe. In dieser Situation kann es eine sinnvolle Aufgabe des Staates sein, Investitionen, die ohnehin getätigt werden müssen, jetzt durch Förderanreize auszulösen, um damit eine Kompensation für die absehbar weg brechende Baukonjunktur zu schaffen.

Wir sprechen uns deshalb für ein nachhaltiges Konjunkturprogramm aus, das aus folgenden Bestandteilen besteht:

- Mietwohnungsprogramm "Klima und Energie" für Investitionen zur Energieeinsparung vorrangig im Mietwohnungsbau
- Kommunales Gebäudeprogramm "Klima und Energie" für Energieeinsparmaßnahmen bei kommunalen Gebäuden. Mindestens die Hälfte davon für Kommunen im Nothaushalt oder mit Haushaltssicherungskonzept
- Programm für Schulen und Kindergärten. Mit diesem Geld können notwendige Sanierungsmaßnahmen insbesondere zur Energieeinsparung ebenso durchgeführt werden sowie der notwendige Ausbau der Schulen zu Ganztageseinrichtungen

Sparkassen stärken

Sparkassen halten ihre Angebote kundInnennah und mit erhöhtem Augenmerk für sozial schwächere und benachteiligte Bevölkerungsgruppen vor und sind somit deutlich stärker als andere Kreditinstitute die Garanten eines umfassenden und vor allem flächendeckenden Zugangs der Bevölkerung zu finanzwirtschaftlichen Dienstleistungen.

Sie sind zudem ein unverzichtbarer Partner der mittelständischen Wirtschaft, der sich auch in Phasen konjunktureller Schwäche nicht aus der Kreditversorgung zurückzieht.

Der Fortbestand der Sparkassen mit ihrer öffentlich-rechtlichen Verfasstheit, ihrer kommunalen Anbindung, ihrem öffentlichen Auftrag und ihres gemeinwohlorientierten Geschäftsmodells im Sinne einer eigenständigen und leistungsstarken Säule der deutschen Bankenlandschaft ist unverzichtbar. Diese grundlegenden Strukturmerkmale des nordrhein-westfälischen Sparkassenwesens sind zu sichern und dürfen im Zuge der aktuellen Novellierung des Sparkassengesetzes nicht tangiert oder gar zur Disposition gestellt werden. Denn nur unter dieser Prämisse werden die Sparkassen auch zukünftig ihre hohe Leistungskraft entwickeln können.

Gegen Korruption

Die Ereignisse der vergangenen Jahre zeigen unverändert großen Handlungsbedarf in Sachen Steigerung der politischen Moral und Korruptionsbekämpfung.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass der Ehrenrat seine Arbeit fortsetzt und die Verhaltensregeln überprüft. Bei Verstößen gegen die Regeln soll der Ehrenrat öffentlich Empfehlungen geben.

Wir wollen

- die Offenlegung sämtlicher finanzieller und wirtschaftlicher Abhängigkeiten und Mitgliedschaften in Vereinen, Verbänden etc. sowie aller Beratertätigkeiten fortsetzen
- die Offenlegung der Wahlkampffinanzierung

14 Bauen und Flächennutzung

Der Umgang mit mehr als 12.000 leerstehenden Wohnungen, die Unterhaltung und energetische Erneuerung des privaten und öffentlichen Gebäudebestandes und der Schutz des Freiraumes sind große Herausforderungen. Zukunftsfähige Stadtplanung bedeutet zuerst mit einem gesamtstädtischen Blick zu planen, Innenstadtf lächen zu nutzen, den Freiflächenverbrauch möglichst zu vermeiden.

So müssen bei allen städtischen und privaten Bauvorhaben soziale, ökologische und ökonomische Aspekte betrachtet werden.

Ein Beispiel ist die von der Stadt geplante Bebauung der Ohligsmühle: Die Auswirkungen auf die Menschen in der Stadt, auf das Stadtklima, die Wirtschaft, den Einzelhandel oder die Frage nach der gesamtstädtischen Notwendigkeit müssen im Vorfeld abgewogen werden. Nur die Interessen von Investoren im Blick zu haben, greift zu kurz.

Besteht ein Bedarf an weiteren Einzelhandels- oder Büroflächen? Geraten Einzelhandelsunternehmen unter Druck, sind Geschäftsaufgaben zu befürchten? Wie wird sich das Stadtbild ändern, welche Auswirkungen auf das Stadtklima sind zu erwarten? Frischluftschneisen und Kaltluftentstehungsgebiete müssen Berücksichtigung finden.

Die durch den Klimawandel zu erwartenden Hitzeperioden werden besonders den BewohnerInnen der Innenstädte zu schaffen machen. Daher ist es unabdingbar, bei Bauvorhaben immer auch die Auswirkungen auf das Stadtklima zu untersuchen. Sinnvoll kann daher auch der Abriss von nicht mehr genutzten Immobilien und der Rückbau zu Grün- und Freiflächen sein.

Das Wohnverhalten der Menschen ändert sich. Aufgrund von hohen Energiekosten, stagnierenden Löhnen, fehlender Infrastruktur, des demografischen Wandels etc. verliert das „Häuschen im Grünen“ an Bedeutung. Alternative Wohnformen in der Innenstadt werden gesucht und müssen gefördert werden. Brachflächen können zu attraktiven Wohngebieten umfunktioniert werden. „Junge Innovative oder neue Alte“ suchen ein Loft oder ein Stadthaus im Innenbereich in guter Nachbarschaft zum Einzelhandel und in bester Infrastruktur. Das heißt auch barrierefrei und kinderfreundlich.

Wir wollen

- bei Planungsverfahren Frauen, Kinder, Jugendliche, SeniorInnen und Menschen mit Behinderung durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit der Stadt stärker beteiligen und dass sie aufgefordert werden, ihre Anforderungen an Stadtplanung einzubringen
- dass bei allen Um- und Neubauten Angsträume vermieden werden

Die Versiegelung von Freiflächen, wie es das geltende Einfamilienhausprogramm vorsieht, läuft Gefahr, das positive Image einer Stadt im Grünen zu beschädigen. Der Flächenverbrauch vernichtet zudem landwirtschaftliche Flächen. Weitere Erschließungsmaßnahmen im Außenbereich bedeuten auch eine Mehrbelastung der GebührenzahlerInnen. Auch aus Gründen des Bevölkerungsrückganges ist es unverantwortlich, den zukünftigen Generationen weitere finanzielle Belastungen zuzumuten.

Wir wollen die über 4000 Denkmäler in Wuppertal erhalten und schützen. Bei der Nutzung der Denkmäler müssen aktuelle Entwicklungen berücksichtigt werden. Wir fordern z.B., dass nach einer Einzelfallprüfung Sonnenkollektoren auf Dächern denkmalgeschützter Gebäude zugelassen werden.

Wir wollen

- ein Gesamtkonzept für Bauvorhaben in der Stadt, auch im Rahmen der Programme Soziale Stadt und Stadtumbau West
- ein Konzept zur Anpassung an den Klimawandel im Baubereich entwickeln
- die Auswirkungen von Bautätigkeiten auf das Stadtklima untersuchen
- alternative Wohnformen in den Innenstädten fördern
- wiederverwertbaren und erneuerbaren Baustoffen Vorrang vor neuen, nicht erneuerbaren Baustoffen geben
- umweltschonende Konzepte für Straßenerneuerungs- und Tiefbauarbeiten
- Flächenentsiegelung, Flächenrecycling sowie ein Flächen- und Brachflächenmanagement
- die Förderung von Dach- und Fassadenbegrünung
- BürgerInnenbeteiligungskonzepte entwickeln (Beispiel Ohligsmühle)
- die Fortschreibung des Altlastenkatasters
- die Vermeidung von Boden- und Grundwasserbelastungen
- eine regionale Gewerbeflächenvermarktung in Gemeinschaft mit den Nachbarstädten
- Flächen für ökologische Landwirtschaft
- ökologische Verbundsysteme erhalten

15 VerbraucherInnen, Handel, Dienstleistungen

Auch die Wuppertalerinnen und Wuppertaler haben mit Preisanstiegen, hohen Energiekosten und Qualitätsverfall zu kämpfen. Alternative Konsumstile wie Second Hand, Carsharing, Bergische Tausch- und Verschenkbörse etc. können Geld und Ressourcen sparen, sind gut für Portemonnaie und Umwelt. Darüber hinaus ist der Einkauf von Produkten aus der Region und der Umstieg auf Bioprodukte sinnvoll. Die Nachfrage nach umweltfreundlichen Waren aus sozial- und umweltverträglicher Produktion wird stärker. Als Sitz der Deutschland-Zentrale der GEPA haben wir in Wuppertal deutlich wahrgenommen, dass der Absatz von fair gehandelten Produkten in den letzten Jahren zugenommen hat. Diese positive Entwicklung gilt es weiter zu unterstützen. Faire Produkte müssen noch stärker in den Alltag Einzug halten; dafür werden sich Bündnis 90/DIE GRÜNEN auch in Zusammenarbeit mit entsprechenden Organisationen einsetzen. Gleichzeitig muss die Stadt Wuppertal ihre Vorbildfunktion nutzen und ein faires Beschaffungswesen einführen.

Wir wollen

- die Stärkung der Verbraucherzentrale NRW
- den Ausbau der Energieberatung
- den Ausbau von Energiesparfonds
- mehr Beratung und Aufklärung über die Herstellungsweise von Produkten
- die Förderung der Landwirtschaft und Anreize für ökologischen Landbau schaffen

16 Mobilität und Verkehr

Der Verkehr in der Stadt wird von den Bürgerinnen und Bürger als eines der größten Probleme wahrgenommen. Lärm- und Luftbelastungen mindern die Lebensqualität, der wachsende Parkraumbedarf in der Stadt engt die BewohnerInnen immer mehr ein. Die konservative Verkehrspolitik setzt immer noch zu sehr auf das Auto: Lärm- und Abgasbelastungen nehmen zu. Wer es sich leisten kann, flieht an den Stadtrand oder ins

Umland. Dadurch werden neue Wege erzeugt und die Umweltbelastung steigt weiter an. Nicht nur Luftverschmutzung und Lärm sind negative Folgen des wachsenden Verkehrsaufkommens. Der Anteil des Verkehrs am CO₂-Ausstoss muss verringert werden. Dabei haben hohe Luft- und Lärmbelastungen nicht nur gesundheitliche, sondern auch wirtschaftliche Folgen. Grundstücke und Immobilien verlieren an Wert, Wohnungen an verkehrsreichen Straßen können nicht vermietet werden oder erzielen nur geringe Mieten. Alternativen zum Auto müssen daher gefördert werden, der Trend zu immer mehr Güterverkehr auf der Straße statt auf der Schiene muss umgedreht werden. Umweltfreundliche Verkehrsmittel wie die eigenen Füße, Bus, Bahn und Rad müssen gefördert werden. Der unvermeidbare Autoverkehr muss gesundheits- und stadtverträglich gestaltet werden.

Wir wollen

- die verstärkte Förderung für Betriebe bei der Anschaffung schadstoffarmer Nutzfahrzeuge
- ein klimaschonendes Mobilitätskonzept
- den Rückbau von Straßen, deren Verkehrsaufkommen nicht alle Fahrstreifen benötigt, prüfen, damit der gewonnene Platz zur Verbreiterung der Geh- und Radwege genutzt werden kann
- das Radverkehrskonzept umsetzen
- vorhandene Fußgängerzonen ausweiten und neue Fußgängerbereiche einrichten, z.B. im Luisenviertel
- die immer noch vorhandenen großen Lücken auf dem Radweg entlang der Talsohle schließen. Dabei kommt dem Abschnitt Loh - Geschwister-Scholl-Platz wegen der Anbindung der Gesamtschule oberste Priorität zu.
- Einbahnstraßen für den Radverkehr in Gegenrichtung öffnen
- den LKW-Verkehr mit Hilfe einer City-Logistik verringern
- bei der Stadtplanung, insbesondere der Erweiterung der Siedlungsfläche, auf Verkehrsvermeidung und -verminderung achten
- autofreie Wohnviertel entwickeln
- die Reduzierung der betriebsbedingten Mobilität der Stadtverwaltung (Dienstfahrten, Dienstreisen, LKW-Verkehre, BerufspendlerInnen)
- den Straßenraum kinderfreundlicher gestalten
- die Beteiligung von Frauen bei der Planung im ÖPNV und geschlechtsspezifische Kundinnenbefragungen durch die WSW, um die Bedürfnisse von Frauen an den ÖPNV zu ermitteln und die Ergebnisse in entsprechende Maßnahmen umzusetzen
- die Bundesregierung auffordern, gesetzliche Regelungen für schadstoffarme, spritsparende und lärmreduzierte Maschinen, Motoren, Fahrzeuge einzuführen
- Tempo 80 auf den Stadtautobahnen durchsetzen
- Lärminderungspläne konsequent umsetzen

17 Nachhaltige Abfallwirtschaft

Zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung gehört auch ein umweltfreundliches und faires Beschaffungswesen bei der Stadtverwaltung und ein ökologisch verantwortungsvoller Umgang mit dem Abfall, Müllvermeidung, Wiederverwendung und effektives Recycling. Wichtig ist auch hier die Vorbildfunktion der kommunalen Verwaltung. Dazu gehört eine umfassende Umweltbildung und Abfallberatung.

Abfall in Wuppertal vermeiden und verwerten

Die Abfallentsorgung ist längst nicht mehr nur kommunal, sondern sie ist regional zu betrachten. Mit der Müllverbrennungsanlage befindet sich auf Wuppertal-Küllenhahn das größte Standbein der regionalen Entsorgung. Durch den EKOCity-Vertrag beteiligt sich Wuppertal gemeinsam mit mehreren Kommunen und Kreisen bzw. Gemeindeverbänden an einem regionalen Entsorgungsverbund, um bei der Abfallentsorgung zusammenzuarbeiten.

Wir haben diese Zusammenarbeit immer begrüßt und möchten sie EU-rechtlich absichern. Der aktuell wieder aufkommende Mülltourismus, Stichwort „Hilfe für Italien“ muss zeitlich und mengenmäßig streng begrenzt werden.

GRÜNE setzen sich dafür ein, dass Abfallvermeidung und die Wiedernutzung von Produkten Vorrang vor der Verwertung und Beseitigung hat.

Wir wollen

- mehr Öffentlichkeitsarbeit, um das Thema Abfall wieder ins Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger zu rufen
- mehr aktive und qualifizierte Abfallberatung, um über die Möglichkeiten des Vermeidens und Verwertens aufzuklären
- mehr Aufklärung darüber, was zum Sperrmüll gehört und wofür es andere Verwertungsmöglichkeiten gibt

Außerdem wollen wir, dass die Wuppertaler Abfallwirtschaft nicht nur bürgerInnenfreundlich und kostengünstig ist, sondern auch tatsächlich zum Umwelt- und Klimaschutz beiträgt. Deshalb werden wir uns für eine separate Abholung von Elektrogeräten, insbesondere Kühlschränken, einsetzen. Das Freisetzen von extrem klimaschädlichen Gasen durch das Abtrennen und Entwenden von Kompressoren ist nicht hinnehmbar.

Zum Klimaschutz gehört auch die umfassende Sammlung und Verwertung von Bioabfall. Die Menge der separat über die braunen Tonnen erfassten Bioabfälle muss weiter erhöht werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Bioabfälle und Speisereste aus der Gastronomie in Zukunft einer Vergärung statt Kompostierung zugeführt werden, da der Energieinhalt durch die Nutzung des entstehenden Biogases hier wesentlich besser verwertet wird. Eine Tonne Bioabfall kann zwischen 100 und 200 m³ Biogas erbringen. Nachhaltiger Konsum, das heißt der Kauf von regionalen, biologisch angebauten, verpackungsarmen Lebensmitteln soll als Beitrag zum Klimaschutz auch verstärkt in die Öffentlichkeitsarbeit einbezogen werden.

Wir wollen

- eine intensive Aufklärung und eine (Selbst-)Verpflichtung aller öffentlichen Einrichtungen und der Wuppertaler Industrie, Einwegverpackungen zu vermeiden, anregen
- in allen öffentlichen Gebäuden, vor allem in Schulen und Kindergärten, durch entsprechende Aufklärung und Schaffung von Anreizen, Abfall vermeiden und korrekte Abfalltrennung umsetzen
- die Information und Beratung vor Ort in Fragen der Abfallverwertung verstärken

Müllverbrennung

Abfallvermeidung ist unser Ziel. Müllverbrennung ist auf ein Minimum zu reduzieren. Eine Ausweitung der Kapazität der Müllverbrennungsanlage Wuppertal-Küllenhahn lehnen wir deshalb ab.

Wir wollen

- keinen Ausbau von Verbrennungsanlagen - langfristige Reduzierung der Müllverbrennung
- die Ausstattung der abgeschlossenen Filterstaubdeponie mit einem „Solarpark Küllenhahn“

Bestrebungen, die kommunale Abfallentsorgung zu privatisieren, lehnen wir ab.

18 Natur, Landschaft, Wasser schützen

„Wuppertal, die Stadt im Grünen“ - dieses Image auszubauen und zu vermarkten ist wichtiges Ziel des Stadtmarketings. Dazu gehört auch, sich der Naturschätze bewusst zu sein, die zahlreichen Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete zu sichern und zu entwickeln.

Wichtiger Partner ist hierbei die Wuppertaler Landwirtschaft, die schon bisher viel für den Erhalt unserer Kulturlandschaft getan hat, aber noch mehr tun kann, natürlich ohne Gentechnik.

Wünschenswert wäre dabei auch eine vermehrte Umstellung auf ökologischen Landbau und mehr Direktvermarktung, um der gesteigerten Nachfrage an Bioprodukten Rechnung zu tragen.

Darüber hinaus kann der Schutz von Lebensräumen, die Vernetzung und die Schaffung von Naturflächen (sogenannte „Trittsteinbiotope“) auch im innerstädtischen Bereich und die Ausweisung von weiteren Natur- und Bodendenkmalen das „grüne“ Image von Wuppertal festigen.

Wir wollen

- die Wiedereinführung einer Baumschutzsatzung
- die weitere Ausweisung und Vernetzung von Naturschutzgebieten und Biotopen

Das Thema Wasser gewinnt an Bedeutung. Ob Trinkwasserverbrauch, das Abwasseraufkommen oder die Europäische Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), sicher ist, dass der Zustand unserer Gesundheit und der der Umwelt ganz existenziell mit der Qualität der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung in Verbindung stehen. Mit dem Projekt Lebensader Wupper und dem Bachentwicklungsprogramm sind die Voraussetzungen geschaffen, die Wasserqualität zu verbessern, weitere Maßnahmen müssen noch umgesetzt werden.

Die Güteklasse der Gewässer ist jedoch noch nicht überall zufriedenstellend. Schadstoffgehalte im Grundwasser, Rückflüsse aus Kläranlagen, undichte Kanalbauten müssen bekämpft werden.

19 Freizeit, Naherholung, Tourismus

Einen nachhaltigen Tourismus in der Bergischen Region zu fördern, gehört zu den Aufgaben der Stadtmarketing GmbH. Viele attraktive Angebote sind einen Besuch wert.

Pina Bausch, Schwebebahn, Zoo, Museen, Nordbahn- und Sambatrasse, Wuppertals Parks und Grünanlagen, viele Naherholungsmöglichkeiten, Sportveranstaltungen und grüne Landschaften mit Natur pur können viele BesucherInnen anlocken und auch für Wuppertaler, Solinger und Remscheider BürgerInnen Möglichkeiten für eine gelungene Freizeitgestaltung bieten. Das Gelände des Scharpenacken in Ronsdorf muss für Erholungssuchende weiterhin zur Verfügung stehen. Die Ausgleichsflächen für den Bau der Jugendhaftanstalt dürfen nicht auf Kosten der Wuppertalerinnen und Wuppertaler durchgeführt werden.

Im Rahmen des Ausbaus der Nordbahntrasse ergeben sich viel radtouristische Möglichkeiten wie z. B. die Verbindung der Trasse mit der Grünen Meile Lüntenbeck. So kann ein ökologischer Tourismus in der Region entstehen mit interessanten Freizeitangeboten, hautnah erlebbar in Stadt und Natur.

Zu guter Letzt...

Wir blicken zurück auf 30 Jahre GRÜNE Parteigeschichte, 25 Jahre GRÜNE im Wuppertaler Stadtrat und in den Bezirksvertretungen, ebenso lange GRÜNES Bemühen um eine saubere Umwelt, soziale Sicherheit und eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung.

Die Bilanz dieser Jahrzehnte kann sich sehen lassen. Obwohl wir uns überwiegend in Opposition zu anders zusammengesetzten Mehrheiten befanden, konnte viel Wichtiges bewegt werden. Ob im Umweltschutz, in der Stadtentwicklung oder beim Ausbau unserer sozialen Hilfemöglichkeiten: überall hat auch GRÜNES Engagement zur Verbesserung der Lebensumstände in unserer Stadt beigetragen.

Gab es in früheren Jahren eher das Problem, politische Mehrheiten für notwendige Änderungen herbeizuführen, kommt nun die katastrophale Finanzlage der Stadt erschwerend hinzu.

Umso notwendiger ist in diesen schwierigen Zeiten eine Politik der Nachhaltigkeit, der Orientierung am Unverzichtbaren, der forcierten Umsetzung umweltfreundlicher und energiesparender Maßnahmen und der Absicherung unserer Leistungsfähigkeit im Sozial-, Jugend-, Gesundheits- und Bildungsbereich.

Wir haben die Erde auch weiterhin von unseren Kindern lediglich geborgt. Unter dieser Prämisse haben wir an unseren Vorstellungen hinsichtlich einer besseren Zukunft für alle Wuppertalerinnen und Wuppertaler keine Abstriche vorzunehmen.

Es gilt auch für die kommende Wahlperiode in Rat und Bezirksvertretungen, Wuppertals Zukunft ökologisch zu gestalten, die Entwicklung der Wirtschaft nachhaltig zu fördern, Chancengleichheit in der Bildung herzustellen und die soziale Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu erhalten und auszubauen.

Hieran werden wir GRÜNE auch in Zukunft aktiv arbeiten.